

Die Ruhe vor dem Sturm

Länderbericht
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ingo Badoreck

Kinshasa, Juni 2005

Ansprechpartner:
Ingo Bardoreck
Leiter des Länderbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der
Demokratischen Republik Kongo
Adresse: Avenue de la Révolution 402, 7ème Rue, Quartier Résidentiel
Kinshasa – Limete, R. D. Kongo
Telefon: 00243 81 8801787
E-Mail: kas@jobantech.cd

Kinshasa, die Hauptstadt der DR Kongo, bereitet sich auf eine Woche voller Spannungen vor. Hintergrund der aktuellen Krise ist die Verschiebung des ursprünglich für den 30.06.2005 vorgesehenen Wahltermins. Zur Beendigung des blutigen Bürgerkriegs in der DR Kongo hatten sich die Konfliktparteien im Jahre 2003 auf eine Übergangsverfassung festgelegt, welche die ersten landesweiten, freien und geheimen Wahlen für den 30.06.2005 festlegte. Der Allparteienregierung unter Joseph Kabila ist es indes in den letzten zwei Jahren nicht gelungen, die notwendigen Voraussetzungen für eine fristgerechte Abhaltung der Wahlen zu schaffen. Zwar läuft seit dem 20.06. die Wählerregistrierung in der Provinz Kinshasa, doch vor einer tatsächlichen Abhaltung der Wahlen ist realistischlicherweise nicht vor Mitte 2006 zu rechnen. Nach einem fast einjährigen Vorlauf ist der Entwurf einer endgültigen Verfassung letzten Monat vom Parlament gebilligt worden. Dieser Entwurf, der über die grundlegenden staatsrechtlichen Optionen entscheidet, muss erst in einem landesweiten Referendum gebilligt werden, bevor das Wahlgesetz erarbeitet und verabschiedet werden kann. Die mit der Organisation der Wahlen beauftragte Unabhängige Wahlkommission (CEI) wurde noch nicht mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet, um ihre Aufgabe vollständig wahrnehmen zu können. Zurzeit sind lediglich das Nationalbüro der CEI sowie die 11 Provinzbüros operationell, von den geplanten 64 Verbindungsbüros existieren erst 18. Vor diesem Hintergrund hatte das Parlament letzte Woche dem Antrag der Unabhängigen Wahlkommission auf eine vorerst sechsmonatige Verlängerung der Übergangsperiode stattgegeben. Laut Übergangsverfassung kann die Transition zweimal für einen Zeitraum von jeweils 6 Monaten verlängert werden, wenn die technischen Voraussetzungen für die Abhaltung der Wahlen nicht gegeben sind.

Die nicht in die Übergangsregierung eingebundene politische Opposition sieht hinter der unausweichlichen Verschiebung des Wahltermins allerdings einen Komplott der aktuellen Machthaber. Sie wirft der Regierung eine absichtliche Verzögerung der Wahlvorbereitungen vor und fordert deren Absetzung für den 01.07.05. Die größte Oppositionspartei UDPS unter seinem Führer Etienne Tshisekedi hat die vom Parlament gebilligte Verlängerung der Transitionsperiode nicht akzeptiert und fordert die Einrichtung einer neuen Regierung. Tshisekedi, schon unter Mobutu einer der führenden Oppositionspolitiker, verfügt über einen starken Rückhalt in der Provinz Kinshasa, sowie in den Provinzen Kasai-Oriental und Kasai-Occidental. Für den 30.06. hat die UDPS zu Protestmärschen gegen eine Verlängerung der Transition im ganzen Land aufgerufen. Da aber kein offizieller Antrag zur Genehmigung von Demonstrationen gestellt wurde, sind eventuelle Protestmärsche illegal. Falls es tatsächlich zu Massenkundgebungen kommen sollte, ist schon aus diesem Grund nicht von einem friedlichen Ablauf auszugehen. Die kongolesischen Sicherheitskräfte haben in der Vergangenheit äußerst brutal und rücksichtslos auf illegale Demonstrationen reagiert. Bei den letzten Protestmärschen im Februar hatte die Polizei in die Menschenmenge geschossen und 12 Demonstranten getötet. Darüber hinaus ist die Stimmung bei Teilen der Bevölkerung dermaßen aufgeheizt, dass viele Demonstranten nicht zu kontrollieren sein werden. Dabei geht die Gefahr nicht in erster Linie von relativ gut organisierten Parteigängern der UDPS aus, sondern von autonom agierenden Studentengruppen und unkontrollierbaren Banden von Jugendlichen und Straßenkindern, auf die Tshisekedi keinen Einfluss hat.

Die Regierung selber reagiert im Vorfeld des 30.06. auf die allgemeine Unruhe mit verstärkter Präsenz von Militär und Polizei in der Öffentlichkeit. Seit letzter Woche patrouillieren Schwebbewaffnete Einheiten der Polizei alle größeren Straßen, ab 21.00 Uhr herrscht in den meisten Stadtteilen faktisch Ausgangssperre, da ab dieser Uhrzeit jeder Passant und jedes Auto kontrolliert und durchsucht wird. Ab heute fliegen Hubschrauber im Tiefflug über Kinshasa, wohl um die Vorbereitung der Regierung auf eventuelle Unruhen zu demonstrieren.

Aus Angst vor gewalttätigen Zwischenfällen haben viele in Kinshasa lebende Ausländer und Mitarbeiter internationaler Organisationen bereits die Stadt bereits verlassen, die anderen haben sich mit ausreichend Lebensmitteln und anderen Versorgungsgütern eingedeckt.

Trotz der augenscheinlichen Dramatik ist nicht davon auszugehen, dass eventuelle Unruhen den Bestand der Übergangsregierung und der Transitionsphase ernsthaft gefährden. Die Erinnerungen an die katastrophalen Plünderungen von 1991 und 1993 sind noch zu frisch, als das man wirklich nachhaltige Ausschreitungen erwarten müsste. Viele Kongolesen haben aber auch erkannt, dass das Land demokratischen Wahlen wohl noch nie so nah war wie zum jetzigen Zeitpunkt. Gerade die besser informierten Teile der Bevölkerung sind nicht bereit, wegen einer unausweichlichen Verschiebung des Wahltermins den gesamten Friedensprozess aufs Spiel zu setzen. Bleibt zu hoffen, dass die moderaten Kräfte innerhalb der Regierung und der Opposition in der nächsten Woche eine Eskalation vermeiden. Mit der feierlichen Unterzeichnung eines von der Unabhängigen Wahlkommission und der KAS erarbeiteten Verhaltenskodex der politischen Parteien während des Wahlkampfes letzten Samstag haben bereits über 100 Parteien ihren Willen für eine gewaltfreie Wahlperiode zum Ausdruck bringen können.